# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1966.

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.**

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

**Bezugspreis** einschließlich Bringerlohn monatlich 27,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 81,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 40,00 M. Einzelnummer 1,50 M.
**Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde an Wochentagen von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

**Anzeigenpreis:** die 8gespaltene Nonpareillezeile 7,00 M., Familienanzeigen 5,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 27,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Aus Steindruckerlegung 2 M.

Nr. 142 | Dresden, Mittwoch den 21. Juni 1922 | 33. Jahrg.


# Arbeiter, Angestellte, Beamte!
## Partei- und Gewerkschaftsgenossen!
## Republikaner!

**Eine neue nationalistische und reaktionäre Welle geht über Deutschland. Die Feinde der Republik organisieren planmäßig einen entscheidenden Schlag gegen die bestehende Staatsform und die von ihr ausgehenden sozialen Ideen.**

**Der Achtstundentag soll beseitigt, das Koalitionsrecht eingeengt, die Arbeitergesetzgebung verschlechtert und die Bahn für schrankenlose wucherische Ausplünderung der arbeitenden Massen frei gemacht werden.**

**Dieses Ziel zu erreichen, benutzen die Reaktionäre alle Mittel, um das Volk irrezuführen und es vor ihren nationalistischen Karren zu spannen.**

**Regimentstage, Sonnwendfeiern, Jugendparaden und Aufzüge aller Art, in denen sich abgetakelte Offiziere in Uniform und Rückschrittler aller Richtungen ein Stelldichein geben, müssen dazu herhalten, die Bevölkerung für volksfeindliche Zwecke einzufangen.**

**Diesem Treiben gegenüber ist äußerste Wachsamkeit geboten!**

**Wie ernst die Situation ist, zeigen die Anschläge und Terrorakte, die in letzter Zeit gegen die Einrichtungen der Arbeiterschaft und ihre Führer verübt wurden.**

**Kein Arbeiter, Angestellter, Beamter,**
**kein Republikaner**

**darf sich an diesen nationalistischen Kundgebungen beteiligen! Einheitlich und geschlossen müssen die dreisten Angriffe der Reaktion abgewehrt werden.**

**Seid auf der Hut! — Laßt euch nicht provozieren!**

**Wir werden euch, wenn erforderlich, zu gegebener Zeit zum geschlossenen Abwehrkampf aufrufen!**

**Landesausschuß der S.P.D. Sachsen. — Landesausschuß der U.S.P. Sachsen.**
**Landesausschuß der K.P.D. Sachsen. — Landesausschuß des A.D.G.B. Sachsen.**

## Sachsens Regierung und die Teuerung

Die sächsische Regierung hat die Reichsregierung und den Reichsrat in einer ausführlichen Denkschrift auf eine Reihe mißlicher Erscheinungen im Wirtschaftsleben und der gegenwärtigen Preisbildung aufmerksam gemacht und der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß es Pflicht des Reiches sei, durch Gesetzgebung und wirtschaftliche Organisation unter Aufsicht des Reiches die Masse der Verbraucher zu schützen und damit gleichzeitig dem inneren Frieden zu dienen und die staatliche Ordnung zu sichern. Aus den sehr beachtlichen Gedankengängen der Denkschrift sei folgendes mitgeteilt:

Die außerordentliche Preissteigerung fast aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände läßt sich keineswegs mehr allein durch den niedrigen Stand der deutschen Mark erklären. Es kann vielmehr heute kaum noch bestritten werden, daß weite Kreise der Erzeuger und des Handels sich in unverantwortlicher Weise auf Kosten der Masse der Bevölkerung bereichern und Preise fordern, die weit über das Maß eines billigerweise zuzugestehenden Gewinnes hinausgehen. Um also dem Verbraucher niedrigere Preise zu verschaffen, muß man bei dem Erzeuger eingreifen, muß aber gleichzeitig auch dafür sorgen, daß eine Herabsetzung seiner Preise nicht etwa auf dem Wege bis zum Verbraucher wieder aufgehoben wird. Solche Maßregeln können aber nur vom Reiche aus getroffen werden, denn ein Eingreifen eines einzelnen Landes könnte nur den Erfolg haben, daß die Waren über die Grenzen in den deutschen milder verfahrenden Nachbarstaat getrieben werden.

Den vom Sächsischen Statistischen Landesamt errechneten Zahlen ist zu entnehmen, daß die Lebenshaltungskosten in Sachsen [illegible] innerhalb der letzten sechs Monate verdoppelt, innerhalb des letzten Jahres aber verdreifacht haben.

Die Ursachen der gegenwärtigen Teuerung sieht die Denkschrift weniger in der ständigen Vermehrung des Papiergeldumlaufs und der Devisenkurse, als in der ungerechtfertigt hohen Preisbemessung für besonders wichtige Warengattungen durch Erzeuger und Handel. Die [illegible] der an sich in den Gesamtverhältnissen begründeten, nach oben gerichteten Tendenz der Preise und der [illegible] in den Zeitverhältnissen liegender [illegible] Erscheinungen ist der wesentliche Grund für die Teuerung, die sich speziell bei den Lebensmitteln geltend macht.

Um niedrigere Fleischpreise zu erzielen, empfiehlt die sächsische Regierung eine Kontrolle der Viehhändler, Erschwerung der Erlangung von Viehhandelskarten sowie Maßregeln gegen das planmäßige Aufkaufen von Schlachttieren durch Agenten aus den Nachbarteilen des Reiches.

Für eine geregelte Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu angemessenen Preisen wird das bisher vom Reiche abgelehnte Umlageverfahren, möglichst gleichartige und gleichzeitige Belieferung durch die Preisbildungsausschüsse und Förderung des Abschlusses von Lieferungsverträgen befürwortet. Dagegen spricht sich das Wirtschaftsministerium gegen eine Eindeckung durch Betriebsräte und ähnliche, oft von Fabrikleitungen finanziell gestützte Gruppen aus, da diese Käufe erfahrungsgemäß preissteigernd wirken.

Zur Sicherung der Brotversorgung der Bevölkerung ist es angesichts des Bestrebens der Landwirte nach unbeschränkter Ausnutzung der Konjunktur unbedingt notwendig, das Getreideumlageverfahren nicht nur im bisherigen Umfange aufrechtzuerhalten, sondern die Umlage noch wesentlich zu erhöhen, damit wenigstens der größere Teil des im Inlande hergestellten Mehles der Bevölkerung zu einem Preise zugeführt werden kann, der den heutigen Verhältnissen und der Kaufkraft des Volkes angepaßt ist. Der Umstand, daß allein der Mehrertrag der Getreideernte im Jahre 1921 gegenüber dem Jahre 1920 größer war als die Gesamtmenge der im Jahre 1921/22 erhobenen Umlage, ist der beste Beweis dafür, daß das Umlageverfahren keineswegs ein erhebliches Opfer für die deutsche Landwirtschaft bedeutet, sondern daß ihr nur das beansprucht, was die Gesamtheit des Volkes billigerweise von den Grundeigentümern verlangen kann und muß, zumal, wenn ihnen ein angemessener Preis für das Umlagegetreide bezahlt wird. Verlangt kann freilich nicht der höchste [illegible] und anders bildende freie Marktpreis verlangt werden, sondern nur ein solcher Preis, der unter Würdigung von Gestehungskosten zuzüglich der [illegible] und [illegible] Reproduktionsrücklagen unter Hinzurechnung eines angemessenen Gewinnes sich ergibt.

Eine geradezu [illegible] Preistreiberei stellt die Denkschrift bei der Butter und der Vollmilch fest. Die gemeingefährliche Preistreiberei bei Milch und Butter lastet um so drückender auf den Verbrauchern, als unter dem Einfluß der Valutaschwankungen auch die Preise für Margarine vom Januar bis März d. J. wieder um fast 100 Prozent in die Höhe gegangen sind.

Auch beim Gemüse, dessen Preise vielfach mehr als das Hundertfache des Friedenspreises betragen, zeigen sich Auswüchse des Wuchers, denen nicht in allen Fällen beizukommen ist. Hier ist der Mangel von ausländischem Gemüse (infolge der Valuta) auf dem Markte um die Zeit der Gemüseknappheit im Frühjahr von ungeheurem Einfluß auf die Preisgestaltung.

## Gegen den Reichsschulgesetzentwurf

Der geschäftsführende Ausschuß des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands faßte in seiner letzten Sitzung folgenden einstimmigen Beschluß gegen den neuen Reichsschulgesetzentwurf. Er ist abgedruckt im Organ des obigen Bundes Die weltliche Schule, einer neugegründeten Monatsschrift. (Preis der Einzelnummer 1,50 M.) Der Protest lautet:

„Der Bund der freien Schulgesellschaften Deutschlands vertritt nach wie vor die Ansicht, daß eine reichsgesetzliche Regelung des Schulwesens eine dringende Notwendigkeit ist. Er protestiert jedoch scharf gegen den gegenwärtig dem Reichstag vorliegenden Reichsschulgesetzentwurf. Dieses Gesetz wird dem deutschen Volke schweren Schaden bringen, indem es die deutsche Jugend nach kirchenpolitischen und weltanschauungspolitischen Grundsätzen auseinanderreißt und damit die Einheit des Volkes und Volksstaates untergräbt. Die Abgeordneten werden aufgefordert, sich stets ihrer Verantwortung gegenüber der Geschichte unsres Volkes bewußt zu bleiben und dem Entwurf ihre Zustimmung zu versagen. Wir fordern als Schulnorm für unser Volk die weltliche Einheitsschule, die, lediglich auf erziehungswissenschaftlicher Grundlage beruhend, die gesamte Jugend des Volkes umfaßt, und deren starker Träger das Reich (der Staat) ist."

## Der mißlungene Nepp

In den ersten Monaten dieses Jahres konnte man Alarmnachrichten lesen, die für diesen Sommer den Besuch unzähliger Ausländer ankündigten. Es hieß, daß die amerikanischen Schiffahrtslinien mit einem Transport von 200 000 Amerikanern rechneten. Holländer, Dänen, Engländer hatten ihren Besuch in zahlreichen deutschen Kurorten angesagt und die gesamte Fremdenindustrie stellte sich bereits auf einen großen Nepp ein. Schon im Mai stiegen die Preise in den von Fremden stark besuchten Gegenden derart, daß z. B. in schlichten Gasthäusern des Thüringer Waldes ein Fremder unter 150 M. keine Pension bekommen konnte. Die Pensionen- und Hotelbesitzer sahen schon einen ausländischen Goldregen in ihre Etablissements rieseln. Für diese Spekulanten dürfte es bereits ein übles Erwachen aus diesen Träumen geben. Aus Bayern wird gemeldet:

In München und Oberbayern machen sich jetzt die Folgen der maßlosen Preistreibereien in der Fremdenindustrie in unliebsamer Weise bemerkbar. Die Fremden bleiben aus. Die Unternehmungen, namentlich neugegründete, stehen vor großen Schwierigkeiten. Garmisch und Partenkirchen sind am härtesten betroffen, trotz der Nachbarschaft von Oberammergau. So hatte am vorigen Sonntag der größte Hotelbetrieb von Garmisch-Partenkirchen, der 230 Betten besitzt, nur [illegible] Fremde. Im ganzen Orte zusammen waren 400 Fremde [illegible] gegenüber 1000 Hotelangestellten. Große Häuser mit 30 und mehr Betten hatten überhaupt keine oder nur ganz wenig Fremde.

Es war vorauszusehen, daß der Fremdenverkehr nachlassen mußte in dem Augenblick, wo die Preise dieser Produkte den Weltmarktpreis erreicht haben. Das ist jetzt vor allem mit den Nahrungsmitteln der Fall. Die Preise aber, die namentlich in den Kurorten verlangt werden, gehen über alles Maß hinaus. Allerdings dürfen gerade die bayerischen Spießer nicht vergessen, daß ihre Polizeischikanen, die sich nicht nur gegen Ausländer, sondern auch gegen [illegible] Reichsdeutsche richteten, ihre antisemitischen und deutschvölkischen Hetzereien, das ganze reaktionäre Gepräge ihres öffentlichen Lebens jedem den Aufenthalt in Bayern verleiden, der Ruhe, Erholung und Behagen sucht.

Wie es in Bayern gekommen ist, so kann und wird es wahrscheinlich auch in andern Kurortgegenden werden. Es ist eben ein Irrtum, wenn gewisse Spekulanten glauben, daß in der Zeit der Geldentwertung die Nepperei ins Grenzenlose getrieben werden kann!

## Die Gründung der österreichischen Notenbank

**Wien,** 20. Juni. In der heute Nachmittag in Gegenwart des Bundeskanzlers und des Finanzministers sowie der Vertreter der Oesterreichisch-ungarischen Bank abgehaltenen Sitzung der Banken, Bankiers und Sparkassen wurde im Einvernehmen mit der Regierung die Gründung einer Notenbank für die Republik Oesterreich endgültig beschlossen. Das Aktienkapital der neuen Bank wurde auf 100 Millionen Schweizer Franken festgesetzt.

Als Garantie für die von der Notenbank auszugebenden Goldobligationen wird eine Generalhypothek auf alle Liegenschaften in Vorschlag gebracht. Das ganze Steuerwesen soll von Grund aus reformiert werden. Die bestehenden Steuern und Gebühren erfahren sehr beträchtliche Erhöhungen. An neuen Steuern ist eine Kapitalzuwachssteuer in Aussicht genommen. Die Erhöhung der Verkaufspreise und der [illegible] Monopolartikel wird in Zukunft durch einfache Verordnung möglich sein. Die Eisenbahntarife, hauptsächlich die Gütertarife, werden erhöht. Es besteht die Absicht, für den Transitverkehr einen besonderen Tarif einzuführen, falls die Entente dies gestattet. Die Zölle werden effektiv gegen Gold bezahlt werden müssen. Eine Reihe von Ersparungsmaßnahmen werden in Vorschlag gebracht. Die industriellen Betriebe des Staates sollen, soweit nicht besondere Interessen verbunden sind, der Privatwirtschaft übergeben werden. Das Tabakmonopol und die Eisenbahn bleiben vorläufig noch im Betriebe des Staates. Im Mittelpunkt aller Ersparungen steht die Frage des Beamtenabbaues. Auch die Wehrmacht soll auf die Hälfte ihres gegenwärtigen Bestandes reduziert werden.


SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220621/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG